

THEORIE UND GESCHICHTE DER KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

Maria Löblich / Niklas Venema (Hrsg.)

# »Regierungszeit des Mittelbaus«?

Annäherungen an die Berliner Publizistikwissenschaft  
nach der Studentenbewegung

HERBERT VON HALEM VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Maria Löblich / Niklas Venema (Hrsg.)  
»Regierungszeit des Mittelbaus«?  
*Annäherungen an die Berliner Publizistikwissenschaft  
nach der Studentenbewegung*  
Theorie und Geschichte der  
Kommunikationswissenschaft, Band 15  
Köln: Halem, 2020

Die Reihe *Theorie und Geschichte der  
Kommunikationswissenschaft* wird herausgegeben  
von Michael Meyen.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2020 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (PRINT): 978-3-86962-488-4

ISBN (PDF): 978-3-86962-486-0

ISSN 1865-3367

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im  
Internet unter <http://www.halem-verlag.de>  
E-Mail: [info@halem-verlag.de](mailto:info@halem-verlag.de)

SATZ: Herbert von Halem Verlag  
LEKTORAT: Rabea Wolf, Vera Belowski  
DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg  
GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf  
Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.  
Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

# Inhalt

MARIA LÖBLICH / NIKLAS VENEMA »Regierungszeit des Mittelbaus«? Eine Einführung	9
I. INSTITUTSGESCHICHTE UND »1968«: AUTOBIOGRAFISCHE ANNÄHERUNGEN	
HANS BOHRMANN Ein politischer Habitus, den ich nicht vertreten habe	44
ULRICH NEVELING Man musste das Vertrauen haben	54
ULRICH PÄTZOLD Ohne das Berliner Modell wäre ich nie in Dortmund gelandet	66
ANDREAS WOSNITZA Man muss es verzahnen mit dem Leben draußen	79
DAGMAR YU-DEMBSKI Wir haben das gemacht, weil es sonst keiner gemacht hat	88
KATHARINA M. MENSING Ich habe mich massiv engagiert	100
HERMANN HAARMANN Für mich ist immer wichtig gewesen, dass ich querdenken kann	109

GÜNTER BENTELE	121
Das war die Zeit, als der Mittelbau regiert hat	
KLAUS-DIETER BETZ	135
Ich bin ein Fan der Viertelparität geblieben	
MANFRED KNOCHE	149
Ich sehe es bis heute als mein persönliches Glück an, dass ich Teil der Studentenbewegung werden konnte	
GERHARD VOWE	169
Ich habe mich rausgehalten	
LOTHAR MIKOS	182
Es gab immer jemanden, gegen den man kämpfen musste	
BARBARA THOMASS	194
Ich fand es großartig	
OTFRIED JARREN	205
Ich habe Gestaltungsmöglichkeiten für mich wie mit anderen entdeckt und nutzen können	
STEPHAN RUSS-MOHL	224
Wissenschaftlich arbeiten, ohne ideologisch vereinnahmt zu sein	
BERTHOLD SEEWALD	240
Irgendwann wusste ich, dass ich in den Journalismus zurückwollte	
BARBARA HELD	252
Ich fand Methoden spannend	
Literaturverzeichnis	261

II. INSTITUTSGESCHICHTE UND >1968<:  
FACHHISTORISCHE ANNÄHERUNGEN

KLAUS BECK	274
Von der Pressekonzentrationsforschung zur Medienökonomie	
FREDDY ZEITZ	305
Die Berufung von Harry Pross auf den Lehrstuhl für Publizistik	
NIKLAS VENEMA	337
Zwischen Marx und Medienpraxis: Das Berliner Modell der Journalistenausbildung	
PAULA LANGE	378
»Ist gesichert, dass sich Frau Meinhof künftig in ihrer Lehrtätigkeit verfassungskonform verhalten wird?« Ulrike Meinhofs Lehrauftrag am Institut für Publizistik	
JULIANE PFEIFFER	396
Nicht-Wissen oder Nicht-Wissen-Wollen? Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Emil Dovifat am Berliner Institut für Publizistik in den >langen Sechzigerjahren<	
KATHARINA WISCHMEYER	433
»Ungleich unter Gleichen«. Frauen am Berliner Institut für Publizistik und der Fall Elke Baur	
ELISA POLLACK	453
Berühmter Schwerpunkt? – Die DDR-(Presse-)Forschung am Berliner Institut für Publizistik und die 68er	

MARIA LÖBLICH 490  
Eine »grundlegende Neugestaltung«.  
Die Westberliner Wissenschaftspolitik und die  
Publizistikwissenschaft in den 1980er-Jahren

NIKLAS VENEMA 545  
Chronik der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
an der FU Berlin

### III. ANHANG

Personenverzeichnis 549  
Autorinnen und Autoren 568  
Index 570

MARIA LÖBLICH / NIKLAS VENEMA

## »Regierungszeit des Mittelbaus«? Eine Einführung

1. Wie ist dieses Buch, wie ist dieses Thema entstanden?

Den Anstoß zu diesem Buch hat Hans Bohrmann gegeben. Bohrmann schrieb vor ein paar Jahren, es könnte sich lohnen, die Veränderungen des Berliner Instituts »in der Zeit der Studentenrevolte mal ideologiekritisch zu befragen« (BOHRMANN 2016).

Hans Bohrmann (geboren 1940) hat in den 1960er-Jahren Publizistikwissenschaft in Berlin studiert und in der Zeit der Studentenbewegung am Institut gearbeitet. Aus seinen Texten von damals spricht das Interesse für Studierende: In der Dissertation ging es um die Geschichte der studentischen Presse bis 1974 (vgl. BOHRMANN 1975), eine Befragung widmete sich Publizistik-Absolventen (vgl. BOHRMANN 2007: 347), die Studie *Pressekonformität und studentischer Protest* entstand mit seiner Unterstützung. Hinter dieser Analyse der Berichterstattung über die studentischen Proteste in der Westberliner Presse während des Schah-Besuchs (vgl. SCHNEIDER/SÜLZER/UBBENS 1969) standen Rolf Sülzer, Sprecher der *Studentenvertretung Publizistik*, der Publizistik-Student Wilbert Ubbens sowie der Germanist, Springer-Tribunal-Mitorganisator und späterer Berufsverbotsfall Peter Schneider (vgl. ROBINS 2018: 48). Hans Bohrmann ist mit seinen Schriften im »Grenzbereich« einer »Kritischen Kommunikationsforschung« verortet worden (SCHEU 2012: 135). Im Rückblick hat er erzählt, dass er »manche Ziele« der Studentenbewegung bis heute teilt,

andererseits mit »vielen Formen des Protests« nicht einverstanden war: mit Seminarinterventionen und Beleidigungen. Er habe sich »sehr persönlich angegriffen gefühlt«. Sein SPD-Eintritt 1971 sei eine Folge dieser Ereignisse gewesen (BOHRMANN 2007: 347f.).

Für uns als Neankömmlinge am Berliner Institut war die Idee interessant. Waren auf den zweiten Blick vielleicht doch Spuren von »1968« zu finden? Denn zunächst unterschieden sich Studienordnungen und Arbeitsbereiche nicht fundamental von denen in München und Leipzig. Aber auffällig war doch, dass man als Professorin auch vom Mittelbau gleich geduzt wurde, dass Genderpolitik einen größeren Stellenwert hatte, ein Institutsrat alle einberief und es noch immer »Praxisseminare« gab; eine Veranstaltungsform, die mit dem Berliner Modell 1973 eingeführt worden war.

Warum aber eine Ideologiekritik der 68er am Institut? Die Philosophin Rahel Jaeggi hat Ideologiekritik als Herrschaftskritik bezeichnet. Ideologien konstituieren unseren »Weltbezug« und damit den »Deutungshorizont, in dem wir uns und die gesellschaftlichen Verhältnisse verstehen« (JAEggi 2009: 268f.). Deshalb geht es der Ideologiekritik darum, »Verselbständigungsprozesse« als Herrschaftspraktiken zu dechiffrieren. Dabei sollen die »falsche Auffassung einer Situation« und die Beschaffenheit dieser Situation kritisiert werden (ebd.: 276). Ziel der Ideologiekritik ist es, »Herrschaft durch die Auflösung falscher Welt- und Selbstbilder (zu) überwinden« (ebd.: 271). Sollte es uns also darum gehen, Sprache und Machtverhältnisse der links politisierten Publizistikwissenschaft zu entschleiern?

Aber hatte nicht Andreas Scheu (2012) gefragt, ob die Geschichte von *Adornos Erben in der Kommunikationswissenschaft* eine »Verdrängungsgeschichte« gewesen ist? Scheu hat von »theoriegeschichtlichen »Verlierern« geschrieben. Kritische Perspektiven in der Tradition der Frankfurter Schule sind gescheitert aufgrund des persönlichen Habitus, des empirisch-sozialwissenschaftlichen Mainstreams, der »politisch-ideologischen Auseinandersetzungen« im Fach sowie externer Einflüsse (ebd.: 12, 296). Diejenigen, die gesellschaftskritischen Perspektiven anhängen, in der Tradition der Frankfurter Schule und anderer marxistischer Richtungen, haben deshalb auch keine Deutungshoheit über diese Zeit erreicht. Personen, die in den 1960er-Jahren in Vorlesungen und Seminaren standen, haben sich im Nachhinein eher negativ über die Studentenbewegung geäußert (vgl. GLOTZ 2004; MEYEN/LÖBLICH 2007; NOELLE-NEUMANN 1997, 2006: 231f.; ROEGELE 1997, 2004). Das war in anderen Fächern anders. Dort ist die Be-



wegung mitunter idealisiert und mythologisiert worden. »Historiker und Politologen« stützten sich auf »Zeitzeugen, die ehemals selbst Aktivisten« gewesen sind (HODENBERG 2018: 11). »Alt-68er« hatten »kommunikative Schlüsselpositionen« inne und konnten die historische Deutung beeinflussen (GASSERT 2010: 4). Nicht so in der Kommunikationswissenschaft. Zum Lehrbuchkanon des Fachs haben sich in den vergangenen Jahrzehnten theoretische Ansätze mittlerer und geringer Reichweite entwickelt sowie Themenbereiche, die der Lasswell-Formel zuordenbar sind, nicht aber Kritische Theorie oder Historischer Materialismus (vgl. WENDELIN 2008).

Lässt nicht auch das Argument, dass sich »wissenschaftliche Fächer [...] ökonomische Mittel beschaffen müssen« (BOURDIEU 1998: 36) daran zweifeln, dass es richtig ist, von der Macht der 68er auszugehen? Bestimmte nicht die unzureichende Ausstattung mit Stellen und Räumen ganz wesentlich mit, wie am Institut gearbeitet wurde? Die Studierendenzahlen stiegen ab Ende der 1960er-Jahre sprunghaft an. Die Zahl der Hauptfachstudierenden verdreifachte sich bis zum Ende des folgenden Jahrzehnts. Und dieser Trend hielt über 1980 hinaus an (vgl. BARTHENHEIER/HOFFMANN 1978: 13; INSTITUT FÜR PUBLIZISTIK 1982: 15). Der Ausbau des Instituts hielt damit nicht Schritt. Die Publizistikwissenschaft bekam 1970 erst eine zweite Professur. Anders die Soziologie, die, in den 1950er-Jahren mit zwei Ordinariaten ausgestattet, bereits in den 1960er-Jahren um fünf Professuren ausgebaut worden war und 1978 auf 17 solcher Stellen angewachsen war (vgl. LIEBER 1996: 96; SCHMIDT 2010: 663). Die Publizistikwissenschaft verfügte zur selben Zeit über fünf, Anfang der 1980er über sieben Professuren.<sup>1</sup> Bei etwa 900 Hauptfachstudierenden stellte sich das Betreuungsverhältnis hier wesentlich schlechter dar als in der Soziologie, obwohl sich das Nachbarfach zu einem der am stärksten nachgefragten Studienrichtungen der FU entwickelt hatte (vgl. GANSSMANN 2013: 272).

Wenn außerdem die Annahme richtig ist, dass es in der Wissenschaft um wissenschaftliches Kapital geht und dessen Erwerb auf einer Professur erleichtert wird (vgl. BOURDIEU 1998: 22, 31), waren dann nicht die Startbedingungen für eine Publizistikwissenschaft schwierig, die sich selbst »kritisch« und »kritisch-emanzipatorisch« nannte

1 Vorlage Nr. C198/78 zur Beschlussfassung für die 202. Sitzung des Akademischen Senats am 5. Juli 1978. FUA, VP2/33. VP2 Neugliederung FB 11, Kuratoriumsbeschluss vom 24.2.78, Aktivitäten und Korrespondenz 1.3.78-31.7.78. Die Studienrichtung Informations- und Dokumentationswissenschaft ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

und Gesellschaft und Medien verändern wollte (ASTA 1968: 75f.; WISSENSCHAFTLICHE EINRICHTUNG PUBLIZISTIK 1973: 3)? In der Soziologie wurden in den 1970ern Urs Jaeggi und Sebastian Herkommer berufen, Wolfgang Fritz Haug in der Philosophie. Die Institutionalisierung marxistischer Perspektiven hatte sich in der Soziologie schon länger abgezeichnet. Ein »kritischer Geist« in der professoralen Gruppe, der sich »von anderen Fächern merklich unterschied«, war nicht erst Folge der Berufungswelle in den 1960ern (SCHMIDT 2010: 663). Schon vorher hatten sich Studierende in Hans-Joachim Liebers Seminaren mit Marx beschäftigen können. Ende der 1960er-Jahre waren zwei intellektuelle Zentren für diese Richtung entstanden: eins bei Lieber und seinen Assistenten Peter Furth und Wolfgang Fritz Haug, ein weiteres bei Otto Stammer und seinem Assistenten Wolfgang Schluchter (vgl. SCHMIDT 2010: 669; GANSSMANN 2013: 269). In der Publizistikwissenschaft gab es keinen »intellektuellen Kern« (BUDE/KOHLI 1989a: 9) und keinen institutionalisierten Sockel für die Arbeit mit Marx, Horkheimer und Adorno oder Marcuse. Das intellektuelle Potenzial musste »von unten« aufgebaut werden: über studentische und Mittelbau-Initiativen, über die Nebenfächer und interdisziplinäre Netzwerke. Die Interviews in diesem Band legen nahe, dass die Professoren und Professorinnen diesen Aufbau nur begrenzt unterstützen wollten oder konnten.

Auch wenn der »lange Marsch« gesellschaftskritischer Perspektiven »in die Normalität« des Fachs (BUDE/KOHLI 1989b: 37) nicht erfolgreich war: Andreas Scheu (2012: 143) hat das Berliner Institut als »einsames«, aber doch »eindeutiges« Zentrum kritischer Kommunikationsforschung ausgemacht. Und tatsächlich spricht einiges dafür, dass die spezifisch Westberliner Rahmenbedingungen eine Zeit lang die Veränderung der »Spielregeln« begünstigt haben. Spielregeln nicht nur für »Texte«, sondern auch für die »soziale Welt« der Publizistikwissenschaft (BOURDIEU 1998: 19, 22).

- Westberlin war Kern der Studentenbewegung, auch gewaltsamer Unruhen (vgl. DWORROK 2013: 9). Nach Zerfall des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds entstanden zahlreiche, miteinander verflochtene Splittergruppen (wie auch an anderen Universitäten). Sie traten teilweise militant auf und übten Druck auf andere aus, sich anzuschließen (vgl. KOTHY 1983: 254; TENT 1988: 388f.). Drei marxistische Hauptrichtungen lassen sich unterscheiden: die Marxisten-Leninisten, die maoistische KPD-Aufbauorganisation und die Proletarische Linke/Parteiinitiative. Die Spontis grenzten sich von diesen Gruppen ab. Die Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ADS),

mit der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) verbunden und gewerkschaftsnah, entwickelte ab 1971 an der FU eine starke Mitgliederbasis (vgl. FICHTER/LÖNNENDONKER 2008: 178).

- Das sozialdemokratische Berliner Universitätsgesetz brachte akademischem Mittelbau, Studierenden und anderen Dienstkräften 1969 Mitbestimmung und reduzierte professorale Gestaltungsmöglichkeiten. Mit dem Gesetz sei aber auch ein universitärer »Machtkampf« eingerichtet worden, der »nicht unmittelbar auf Wissenschaftsschöpfung« gezielt habe (KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 88).
- Gegenstand des Machtkampfs wurden Stellenbesetzungen. Um die wachsenden Studierendenzahlen aufzufangen, stellte die Politik erhebliche Finanzmittel für neue Stellen bereit (vgl. TENT 1988: 466). Durchorganisierte Fraktionen über Statusgruppen hinweg agierten an der FU mit abgesprochenem Abstimmungsverhalten (vgl. ebd.: 480).
- Die Westberliner Berichterstattung über die Studentenbewegung war diffamierend. Vor allem die Blätter des Axel-Springer-Verlags stellten die protestierenden Studierenden als Bahnbrecher des Kommunismus dar, die den Einfluss der DDR auf Westberlin förderten (vgl. KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 74). Springers Marktmacht im konzentrierten Westberliner Pressemarkt beförderte die Formierung medien- und gesellschaftskritischer Perspektiven.
- Das sich wandelnde politische Klima in Sachen Hochschulreform (vgl. TENT 1988: 438ff.) dürfte Einigelungstendenzen linker Wissenschaftsmilieus an der FU befördert haben, vor allem am Fachbereich 11 Philosophie und Sozialwissenschaften, zu dem die Publizistikwissenschaft gehörte. Dieser »sehr linke Fachbereich« (HOFFMANN 1997: 166), »angeblich eine Brutstätte radikaler Politik« (TENT 1988: 485), habe »exzessive« Basisdemokratie praktiziert (KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 90). In Westberlin hatten sich trotz Entspannungspolitik »Überreste des Denkens der belagerten Festung« gehalten (LÖWENTHAL 1967: 6), die konservative Umdeutungsversuche von »1968« unterstützten (vgl. MITTLER/WOLFRUM 2008: 17f.). Diese Umdeutungsversuche nährten sich auch von dem Terrorismus der 1970er-Jahre. Sie wurden durch den »Propagandakrieg« gegen die Studentenbewegung unterstützt, den »Notgemeinschaft für eine freie Universität« und »Bund Freiheit der Wissenschaft« führten (vgl. TENT 1988: 403).

Diese Rahmenbedingungen machten Hans Bohrmanns Anregung nachvollziehbar, auch seine persönliche Betroffenheit. Sie lenkten den Blick auf das, was in seinem Vorschlag auch anklang: neben Ideen Machtkämpfe zu berücksichtigen. Unser Ziel wurde aber nicht Ideologiekritik. Denn wir wollten vorab nicht festlegen, dass die damaligen theoretischen Herangehensweisen, die Gegenstände und Zweckbestimmungen von Kommunikationswissenschaft falsch waren. Uns ging es nicht um eine »Kritik von Herrschaft«, die sich mit einer bestimmten ›Ideologie‹ absichern wollte (JAEGGI 2009: 269). Unsere auf Bourdieu gestützte Sicht teilte mit der Ideologiekritik aber das Interesse an Etablierungsstrategien und Macht.

## 2. »Regierungszeit des Mittelbaus«? Fragestellungen und Ziele

Dieses Buch interessiert sich für die Folgen der Studentenbewegung in der Berliner Publizistikwissenschaft. Was ist aus dem Potenzial marxistischer Perspektiven und Kritischer Theorie und anderen gesellschaftskritischen Ansätzen in den 1970er- und 1980er-Jahren geworden? Wie haben sich Lehre, Forschung und akademische Selbstverwaltung nach ›1968‹ verändert? Wie haben die damaligen Akteure diese Zeit erlebt? Welche Ziele haben sie verfolgt und wovon war ihr Handeln geprägt? Welchen Anteil hatten Politik, Universität und Mediensystem, aber auch individuelle Protagonisten und organisierte Gruppen an Beginn und Ende einer etwa zwanzigjährigen Phase, die die Berliner Fachentwicklung von anderen Standorten unterscheidet?

Unser Erkenntnisinteresse leitet sich aus der Wissenschaftssoziologie ab. Dem Soziologen Wolf Lepenies zufolge hängt die Überlebensfähigkeit einer Theorie nicht nur davon ab, wie klar ihre Begriffe sind, wie logisch oder innovativ sie ist, sondern vor allem von ihrer Chance auf Institutionalisierung (vgl. LEPENIES 1981: II, IX). Damit sind Berufungen, Ausstattung, Lehre, akademischer Nachwuchs und Publikationen gemeint. Mit dieser Perspektive rücken soziale Strukturen, (Macht-)Prozesse sowie Einflüsse aus anderen sozialen Feldern in den Blick, die Institutionalisierung befördern oder hemmen. Mit diesem Erkenntnisinteresse richtete sich unser Blick auf die Zeit, die auf die »Kernphase« der Studentenbewegung 1966 bis 1969 folgte (HODENBERG 2018: 10).

Diskreditiert ein Buchtitel, der auf die Nach-68er-Zeit aufmerksam macht, die Anliegen der Studentenbewegung? Natürlich sind die Jahr-

zehnte nach der Studentenbewegung nicht ohne die »Kernphase« zu verstehen. Deshalb sind die Anliegen der Publizistik-Studierenden, die Institutsbesetzungen, Seminarproteste, Anti-Springer-Initiativen, Demonstrationen, NS-Vergangenheit und Kritische Universität auch Themen dieses Bands. Außerdem führen wir Veränderungen von Lehre, Forschung und akademischer Selbstverwaltung nicht nur auf die Studentenbewegung zurück, sondern sehen die Jahre zwischen »1968« und 1990 am Institut eingebettet in auch länger zurückreichende gesellschaftliche Entwicklungen (vgl. DIRSCH 2008: 25; GASSERT 2010: 15). Dazu gehören

- die Veränderungen in Wirtschaft, Staat und Kultur, die größeren Bevölkerungsteilen mehr Zeit an Bildungseinrichtungen einräumten,
- die von Ausbau, »Modernisierung« und Reform in den 1960er- und 1970er-Jahren und von Effizienz und Wirtschaftsnähe geprägte staatliche Bildungspolitik der 1980er-Jahre,
- die Veränderungen im Mediensystem (Pressekonzentration, Privatfernsehen),
- der »Radikalerlass«, der 1972 von den Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundesregierung unter Willy Brandt beschlossen worden war (vgl. KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 109),
- der politische Status Westberlins und das politische Klima in der ummauerten Halbstadt,
- die Aufbruchsstimmung unter der Bundesregierung von Bundeskanzler Willy Brandt,
- der Regierungswechsel von SPD zur CDU in den 1980er-Jahren.

Von einer Phase zu sprechen, die durch die Protestbewegung eingeleitet wurde, ist eine Konstruktion, auch wenn sie etabliert und gut begründbar ist (vgl. SÖSEMANN 1999). Wir haben das Ende dieser Phase mit der Zeit um 1990 markiert in der Annahme, dass um 1980 das Engagement für gesellschaftskritische Ansätze am Institut nachgelassen hatte. Die Politisierungswelle unter den Studierenden schwächte sich ab. Protagonisten im Mittelbau waren nicht mehr da, weil Verträge wegen Stellenknappheit nicht verlängert oder neu ausgeschrieben werden konnten und Promotionen nicht beendet waren (vgl. HARDT 2007: 109). Die Neugestaltung des Instituts über die Blockberufung lieferte ein weiteres Argument, um den Untersuchungszeitraum um 1990 zu beenden. CDU-Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig war dem Gutachten eines externen, konservativ besetzten Beratungsgremiums gefolgt und hatte 1985/86 drei Lehrstühle zeitgleich neu besetzt (vgl. LÖBLICH in diesem Band).

Das Zitat im Buchtitel stammt nicht aus der fachgeschichtlichen Literatur. Das Kapitel ›1968‹ ist dort weitgehend Fehlanzeige, vielleicht auch, weil die Geschichte des Berliner Instituts in erster Linie im Haus geschrieben worden ist. Mehrere Beiträge haben sich mit Emil Dovifat und Fritz Eberhard beschäftigt und dabei Aspekte vermieden, die einen Schatten auf das Institut werfen könnten (vgl. DOVIFAT 1990; RUSS-MOHL 1987; RUSS-MOHL/SÖSEMANN 1990; SÖSEMANN 1998a, 2001). Vielmehr ging es um die Suche nach Wurzeln. Bernd Söseemann hat anlässlich des 50. Jubiläums von der »langen Tradition der zeitung- und publizistikwissenschaftlichen Lehre und Forschung« in Berlin geschrieben und Emil Dovifat herausgestellt. Der Historiker, der mit der Blockberufung C4-Professor für Geschichte der öffentlichen Kommunikation und der Publizistikwissenschaft geworden war, beschrieb Dovifat als eine der »bedeutendsten Persönlichkeiten von Zeitungsforschung und der Publizistikwissenschaft in Deutschland«. Söseemann hob »Euvre«, Bekanntheit und rhetorische Kompetenz der Gründerfigur hervor (SÖSEMANN 1998b: V). Die NS-Vergangenheit von Dovifat stand bei der »Wiederentdeckung« durch die »wissenschaftliche Enkel-Generation« nicht im Vordergrund (RUSS-MOHL 1987). Das sorgte für Diskussionen am Institut (vgl. PFEIFFER 2015, 2018 sowie in diesem Band).

Die Konstruktion einer legitimierbaren Tradition an einem Institut, dem das Ansehen spätestens zwei Jahrzehnte nach der Studentenbewegung von außen entzogen worden war, dürfte auch ein Produkt der erwähnten politischen, vor allem konservativen, Neugestaltung des Fachs gewesen sein (vgl. LÖBLICH UND RUSS-MOHL in diesem Band). Auch dass Harry Pross, der 1968 Professor und Institutsdirektor wurde, als »Klassiker« eingeordnet worden ist, kann in dieser Rubrik gesehen werden (BECK 2015). Gegen die Suche nach Traditionslinien ist nichts einzuwenden, denn sie hilft, vergessene Erkenntnisse und Leistungen zurückzubringen und zu diskutieren sowie disziplinäres Bewusstsein zu entwickeln. Außerdem wird Wissenschaftsgeschichte immer »vom Ende« her geschrieben und mit dem Wunsch, eine »Dienerin« zu finden für »praktische Unternehmungen und Vorhaben in der Gegenwart« (KAESLER 1984: 3). Das gilt auch für diesen Band.

An die Protestbewegung und ihr Erbe mochten die Verfasser der Hausgeschichten aber offenbar nur ungern erinnern. Die Situation nach Pross' Antritt sei »in mehrfacher Hinsicht problematisch« gewesen, das Institut »in der Hand vielfach fraktionierter linker Gruppen und Grüppchen«, die personelle Ausstattung unzureichend, prekäre Anstellungsverhältnisse,

Streit auf professoraler Ebene (BECK 2015: 561). Auch bei Gernot Wersig und Ulrich Neveling, die damals selbst am Institut arbeiteten, ist die Zeit negativ besetzt: Studierende und Mittelbau »ideologisch vereinnahmt«, »Praktiken angewandter Kaderpolitik«, »anstrengende(n) und langwierige(n) Prozeduren der Mitbeteiligung« (WERSIG/NEVELING 2013: 244). Unter den Lücken, die Bernd Sösemann (2005) in der Erforschung der Instituts-geschichte ausgemacht hat, fehlt diese Phase, obwohl er sich mit der *68er Bewegung und die Massenmedien beschäftigt hat* (vgl. SÖSEMANN 1999). Teile der Literatur, die außerhalb des Berliner Instituts entstanden ist, haben die Forschungs- und Lehrbemühungen, die aus der 68er-Bewegung kamen, außerdem unzureichend untersucht (vgl. LÖBLICH 2010; aber SCHEU 2012).

Eine Studentin hat die Instituts-geschichte der 68er- und Nach-68er-Zeit als »Black Box« bezeichnet und damit den Forschungsstand bilanziert. Zwei Masterseminare dienten dazu, einen ersten Blick in diese Black Box zu werfen. Autobiografische Interviews waren ein erster Schritt. Interviews und die Diskussion um das Symposium zum 70. Jubiläum des Berliner Instituts zeigten, dass dieses Kapitel der Vergangenheit umkämpft ist und bei einigen bis heute nachwirkt. Auch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft wird die Geschichte der Studentenbewegung und ihrer Folgen bis heute kontrovers diskutiert. Sie ist »ein wenig mehr Gegenwart« als Geschichte und wird in aktuelle Deutungskämpfe eingebunden (GASSETT 2010: 3). Diese Deutungskämpfe sind von bestimmten, männlichen, bildungsbürgerlichen Zeitzeugen geprägt worden (vgl. ebd.; HODENBERG 2018: 12; YU-DEMBSKI in diesem Band).

Das mag ein Grund für die Fehlanzeige in Sachen Forschungsliteratur sein. Barbara Thomaß, die von 1976 bis 1983 in Berlin studierte und nach einem Austauschsemester in Frankreich bei der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten mitarbeitete, regte an, die »forschungsethische« Seite des Projekts zu berücksichtigen. Die Zeit sei für viele noch nicht abgeschlossen, weil sie sich noch im Feld bewegten. Das von der Herausgeberin gestaltete Symposium *Die Publizistikwissenschaft an der FU Berlin und die (Folgen der) Studentenbewegung von 1968* wurde kritisch diskutiert (vgl. IFPUK 2018). Manfred Knoche und Renatus Schenkel beschwerten sich, dass die Protagonisten von damals nicht selbst zu Wort kommen durften, zum wiederholten Mal nicht. Knoche hat in den 1970er- und 1980er-Jahren am Berliner Institut studiert und gearbeitet. Schenkel hatte sich in den 1970er-Jahren ebenfalls in der ADS engagiert und später bei Alexander von Hoffmann und dem kritischen Psychologen Klaus Holzkamp promoviert (vgl. SCHENKEL 1988). An der Ver-

anstaltung mochten sie nicht teilnehmen. Auch Michael Meissner nicht, der 1974 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für Pressepraxis eingestellt wurde, an einem kooperativen Forschungsprojekt zu Jugendpresse beteiligt war (vgl. KNOCHE/LINDGENS/MEISSNER 1979), promovierte (vgl. MEISSNER 1980), gewerkschaftlich engagiert war (vgl. INSTITUT FÜR PUBLIZISTIK 1982: 78-80) und ein Lehrbuch für Zeitungsgestaltung geschrieben hat (vgl. MEISSNER 1992). Meissner befürchtete eine reine »Jubelveranstaltung«. Sein Habilitationsprojekt habe er eingestellt, als die Wissenschaftspolitik den »Lankwitzer Sumpf trockenulegen gedachte«.

»Unsereins blieb dann in wenigen Fällen nur noch der Umweg über eine mediale Top-Anstellung ›draußen‹ als Rückkehrer und verkappt als Wissenschaftlicher Angestellter mit Daueraufgaben. Qualifikation und Realstatus C2, im Hause aber als ungeliebte, da wenig anpassungsbereite Mittelbauer verurteilt« (MEISSNER 2018).

Das Zitat im Buchtitel stammt von Günter Bentele (2018). Es steht stellvertretend für die verschiedenen Versuche aus dem damaligen Mittelbau, auf die Deutung der Institutsgeschichte nach ›1968‹ und damit auf diesen Band Einfluss zu nehmen. Bentele war von 1974 bis 1989 selbst Teil dieses Mittelbaus. Sein Name ist mit dem Forschungsfeld Öffentlichkeitsarbeit verbunden und vielleicht hat er es schon deshalb geschafft, sein Deutungsinteresse auf das Buchcover zu bringen. Bentele hat im Interview die Aktivitäten der wissenschaftlichen Mitarbeiter hervorgehoben, vor allem seine Gruppe »wissenschafts- und auch karriereorientiert(er)« Männer. Eine »normale Wissenschaftlichkeit« sei von der »links-sozialdemokratischen Dominanz im Institut«, von politischen Motiven, behindert worden (vgl. BENTELE in diesem Band). Mit dem Programm des Symposiums hatte er im Unterschied zu Knoche, Meissner, Schenkel und anderen kein Problem.

Das Fragezeichen hinter dem Zitat hat Gründe. Reicht der Blick auf eine Statusgruppe, um die Fachentwicklung in Berlin damals zu verstehen? Wie groß war der Gestaltungs-, womöglich sogar Entscheidungsspielraum der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tatsächlich? Die Beiträge in diesem Band zeichnen ein ambivalentes Bild. Einerseits brachte das Universitätsgesetz von 1969 eine Stärkung des akademischen Mittelbaus (vgl. KUBICKI/LÖNNENDONKER 2008: 89). Und offenbar wurde viertelparitätische Mitbestimmung auch nach dem Bundesverfassungsurteil von 1973 und den Novellen des Berliner Hochschulgesetzes am Institut zunächst weiter praktiziert (vgl. VENEMA und KNOCHE in diesem Band). Wiederholt wird in diesem Band außerdem berichtet, dass die professorale



Gruppe wenig präsent war, zumindest bis zur Berufung von Axel Zerdick und der Integration von Marlene Posner-Landsch aus der Pädagogischen Hochschule. Das schuf Freiräume in Forschung und Lehre. Der Mittelbau war dabei aber auf interdisziplinäre Netzwerke und professorale Unterstützung angewiesen (vgl. BECK und WISCHMEYER in diesem Band). Wurden nicht die akademischen Qualifikationsmöglichkeiten in dieser Zeit auch geschwächt? Hatte nicht gerade der Mittelbau die Überlast zu tragen, die durch wachsende Studierendenzahlen entstanden war? War nicht der Mittelbau so gut wie allein für das Grundstudium verantwortlich – in einem schlecht ausgestatteten Fach (vgl. BARTHENHEIER/HOFFMANN 1978: 13; INSTITUT FÜR PUBLIZISTIK 1982: 106; VENEMA in diesem Band)? Befristete Verträge und Stellenbesetzungssperren gehörten ebenso zu den Bedingungen der Mittelbauarbeit wie Lagerkämpfe um Stellen und die politische Überprüfung bei Einstellungen, bedingt durch den »Radikalenerlass«. An der Promotionshoheit der Professoren hatte sich auch nichts geändert. Die Frage nach der Rolle des Mittelbaus lässt außerdem auf die anderen Statusgruppen blicken, auf die Studierenden, die in der Berufung des Soziologen Jürgen Prott das Zünglein an der Waage waren (vgl. PROTT 2018b: 96) und in Tutorien selbstständig lehrten. Sie lässt auf die Grenzen zwischen Lagern blicken, die nicht trennscharf entlang der Statusgruppen verliefen.

### 3. Relevanz und Hausgeschichte

Warum soll dieses Kapitel der Institutsgeschichte aufgeschlagen werden? Ein Buch, das sich mit der Studentenbewegung beschäftigt, schreibt natürlich auf eine bestimmte Art und Weise auch den geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik mit (vgl. MITTLER/WOLFRUM 2008). Deshalb bewegt es sich auch in dem Interpretationsspektrum von »Fundamentalliberalisierung« bis zu »Endstation Terror« (DIRSCH 2008: 11). Beitragen möchte es aber in erster Linie zur kommunikationswissenschaftlichen Fachgeschichte. In ihr liegt zunächst ein Schlüssel, um zu verstehen, was heute am Berliner Institut geforscht und gelehrt wird, was die »sozialen Gesetze« sind, nach denen »Spielgewinne verteilt« werden, und woher bestimmte Kommunikationspraktiken und Organisationsstrukturen kommen (BOURDIEU 1998: 23). Unser Buch möchte damit zur Selbstreflexion anregen. Weil Wissenschaft der »Logik des Wettbewerbs« unterliegt (ebd.: 30) und damit der ständige Abgleich mit Publikationslisten der Kollegen und Kolleginnen vorprogram-